

Renate Hürtgen

Was für eine Revolution!? Was für ein Jahrhundert!?

Ein Blick auf die Geschichte linker Aufarbeitung

27 Jahre ist es her, seit der sowjetische Machtblock zusammengebrochen ist. Eine ganze Epoche ist damit zu Ende gegangen. Man hätte annehmen können, dass nun für Linke aller Richtungen – und nicht nur der ehemals sogenannten realsozialistischen Staaten – die große Rückschau beginnt. Wir kennen den Anfang und wir kennen das Ende. Was hätte nähergelegen, nunmehr eine welt-historische Einordnung jener Gesellschaften vorzunehmen, die – ob wir das nun gewollt haben oder nicht – Teil unserer, der linken und der Geschichte der Arbeiterbewegung gewesen sind. Stattdessen haben wir es bürgerlichen WissenschaftlerInnen überlassen, nach 1991 den Triumphzug der „besten aller Welten“ und mit dem „Ende der Geschichte“ das endgültige Scheitern der Idee des Sozialismus gleich mit zu verkünden. Tatsächlich gab es auch aus linker Perspektive Versuche, die Sowjetunion und die anderen „realsozialistischen“ Länder in das „kurze“ Jahrhundert der Extreme oder der Bürgerkriege und der Gewalt einzuordnen. PolitikwissenschaftlerInnen und SoziologInnen diskutierten den Industrialisierungstypus dieses Jahrhunderts und ordneten „Sozialismus“ und „Kapitalismus“ jeweils unterschiedlichen Pfaden dieser Industrialisierung zu. HistorikerInnen beschäftigten sich mit den „Eliten“ im Sozialismus, Klassenanalysen waren eher nicht angesagt. Das alles blieben ohnehin Texte, Analysen und historische Deutungen von *einzelnen* AutorInnen, sie lösten keine theoretische Debatte darüber aus, was für eine Revolution die russische gewesen war, welche Gesellschaften nach ihrem Vorbild entstanden sind und wie aus heutiger Sicht das Verhältnis zwischen dem Westen und dem Osten zu verstehen ist.

Nicht nur hat die deutsche Linke bis heute keine gemeinsame politische und theoretische Diskussion über die Natur dieser Gesellschaften begonnen und ihre zweifelsohne kontroversen Positionen nie Streitbar ausgetauscht. Ein Teil der „traditionellen“ Linken pflegt ihre jeweiligen politischen und theoretischen Vorannahmen weiter so, als wäre nichts geschehen. Andere suchen nach Plausibilitäten und erklären zum Beispiel, dass die sozialistischen Revolutionen ein bisschen schwieriger als die bürgerlichen verlaufen seien, da den „Vertretern der Arbeiterklasse“ eigentlich die Basis für ihre politische Machtübernahme gefehlt

habe, was im Falle der „Oktoberrevolution“ irgendwann dann leider doch zum Scheitern führen musste.¹ Und auch, wenn lediglich neue Kombinationen aus dem Arsenal der Geschichte linker Sozialismustheorien vorgenommen werden, kann aus solchem Stückwerk keine neue Qualität entstehen. Ebenfalls befremdlich und nicht mehr zeitgemäß ist eine Kritik, die mit der Keule marxischer Autorität daherkommt und Vorschläge linker TheoretikerInnen als mit seiner „Lehre“ nicht vereinbar abtut, weil zum Beispiel deren Klassenbegriff nicht im Einklang mit einer traditionellen marxistischen Herangehensweise stünde. „Marxistisch“ oder nicht – Kriterium für die Richtigkeit einer Theorie ist noch immer ihre Anwendung, d.h. hier, ob sich mit einer begrifflichen Bestimmung der Natur der „realsozialistischen“ Gesellschaften deren Realität erfassen lässt. Namentlich in der Geschichtsschreibung der ArbeiterInnenbewegung gibt es nach 1989 eine Tendenz, diese Gesellschaften als „bürokratische“ zu beschreiben, denen die kapitalistischen Bewegungsgesetze von außen aufgezwungen wurden, weil sie keine eigenen ökonomischen und gesellschaftlichen Triebkräfte entwickelt haben. Sie hätten vielmehr irrational funktioniert, die herrschende Elite hätte keine richtige Macht und kein Eigeninteresse an einer ordentlichen Planung gehabt; die ArbeiterInnen keinen Anreiz, ordentlich zu arbeiten (z.B. van der Linden 2009: 320-323). Eine solche Einschätzung ist häufig Resultat eines Vergleichs mit den Ländern des Westens, denen gegenüber die Herrschaftspraxis im Osten irrational, wenig effektiv und damit auch weniger bedrohlich für die Unterdrückten erscheint.

Wenn wir in diesem Jahr 2017 eine linke Debatte über den Charakter der russischen Revolution und die Natur der „realsozialistischen“ Staaten führen wollen, stehen wir möglicherweise nicht nur vor dem Problem, dass es keinen produktiven Dialog der VertreterInnen unterschiedlichster Vorschläge aus linker Perspektive gibt. Aktuelle politische Debatten lassen befürchten, dass die Herrschaftsverhältnisse in diesen Ländern von einem Teil der Linken rückblickend überhaupt nicht mehr wahrgenommen werden. Die Diskussion über „100 Jahre russische Revolution“ könnte also auch dazu beitragen, die Ausbeutungs- und Unterdrückungspraxis der Herrschenden in diesen Ländern wieder stärker ins linke Bewusstsein zu heben.

Zweifelsohne hatten das in den 1990er Jahren sich allgemein ausbreitende Desinteresse an der „linken Geschichte“ und speziell die Unfähigkeit, sich der eigenen linken Vergangenheit kritisch-theoretisch zu stellen, seine Gründe. Nicht nur die AltstalinistInnen und jene, die Teil des Herrschaftsregimes gewesen waren, fielen 1989/91 angesichts des Zusammenbruchs des sowjetischen Impe-

1 Arbeiterstimme. Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis (2016): Nr.194, S. 2.

riums in eine Schreckstarre; die Lähmung erfasste auch antistalinistische Linke unterschiedlicher Tradition. Vielleicht blieb angesichts aktueller Entwicklungen auch keine Zeit für eine „Aufarbeitung“? Und vielleicht ist 2017 endlich das Jahr, in dem die Linke über ideologische und theoretische Grenzen und Traditionen hinweg gemeinsam zu einem nachdenklichen, ergebnisoffenen Neuansatz linker Kritik an der Oktoberrevolution und den Nachfolgegesellschaften kommen kann.

Vor 40 Jahren haben europäische Linke einen solchen – inzwischen leider vergessenen – Debattenzusammenhang gewagt, der nicht nur unser historisches Interesse an der Geschichte linken Denkens wecken sollte. Wenn ich im Folgenden diese Diskussion vorstelle, dann nicht nur, um eine spannende Aufbruchszeit für linkes Selbstverständnis bekannt zu machen. Vor allem geht es mir darum, im Anschluss an diese Beiträge Fragen für unsere heutige Debatte zu formulieren, namentlich solche, die am Ende der Tagung offengeblieben sind und auf die wir mit unserem größeren Erfahrungshintergrund vielleicht eine Antwort wissen.

„Die Zeit – oder das Jahrhundert – der Illusionen ist vorbei“²

Zwischen dem 11. und 13. November 1977 fand zum sechzigsten Jahrestag der Oktoberrevolution in der Fakultät für Architektur an der Universität Venedig der internationale Kongress „Zurückforderung der Zukunft. Macht und Opposition in den nachrevolutionären Gesellschaften“ statt. Angeregt von der oppositionell-kommunistischen italienischen Tageszeitung *Il Manifesto* trafen sich KommunistInnen, SozialistInnen und sonstige MarxistInnen aus Ost- und Westeuropa, um sich über Herrschaft und Herrschaftsausübung in den „nachrevolutionären Gesellschaften“ auszutauschen. Ihr erklärtes Ziel war es, die – seinerzeit deutlich wahrnehmbare – Rolle von Dissidenz und Opposition in diesen Gesellschaften zu begreifen und Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West im Kampf um eine sozialistische Perspektive zu erörtern. (Bettelheim u.a. 1979) In Venedig fand 1977 also keine akademische Diskussion statt; die GenossInnen und KollegInnen trafen sich, um eine notwendig gewordene Verständigung über Strategie und Taktik im Kampf um eine gesellschaftliche Alternative unter Intellektuellen, GewerkschafterInnen und PolitikerInnen verschiedenster Richtungen der europäischen Linken zu beginnen.

Das intellektuelle und politische Spektrum der TeilnehmerInnen ist beeindruckend, es machte den Kongress zu einem historischen Ereignis.³ Zweifelsohne

2 Claudin (1979): 219

3 Neben Redakteur/innen von *Il Manifesto*, wie Rossana Rossanda oder K.S Karol, zahlreichen italienischen und spanischen Genossen wie Fernando Claudin, Alfonso Comin,

befand sich die europäische Linke 1977 in einer anderen Situation als 1989. Die gewaltsame Zerschlagung des *Prager Frühlings*, die Kämpfe der ArbeiterInnen in Polen und andere „Zustände der Unterdrückung“ in den „nachrevolutionären Gesellschaften“ sowie die immer deutlicher werdende imperiale Großmachtrolle der Sowjetunion, hatten jede Illusion über die Natur dieser Länder als sozialistische zerstört. (Rossanda 1979: 22) Man sei umgeben von zerschlagenen Mythen, gescheiterten Experimenten, unerfüllt gebliebenen Voraussagen, theoretischen und praktischen Enttäuschungen und müsse wieder ganz von vorn beginnen. (Claudin 1979: 219) Die kommunistische Bewegung sei an einen Punkt gelangt, so ein anderer Beitrag, wo sie ihr praktisches und theoretisches Selbstverständnis grundsätzlich infrage stellen müsse. Sie stecke in einer Krise und vor der Schwierigkeit, „eine befriedigende marxistische Erklärung für eine Geschichte zu geben, die ja wohl im Namen des Marxismus gemacht wurde.“ Der das sagte, war Louis Althusser, der zugleich betonte, dass man vor dieser Krise keine Angst haben solle, weil in ihr die große Chance der Erneuerung stecke. „Endlich ist die Krise des Marxismus zum Ausbruch gekommen! Endlich ist sie ans Tageslicht getreten! Endlich kann durch diese Krise und in dieser Krise etwas Lebendiges befreit werden!“ (Althusser 1979: 228)

Die auf dem Kongress herrschende Aufbruchstimmung angesichts der Zurückdrängung sowjetischer Dominanz in der kommunistischen Weltbewegung und einer stärker werdenden antistalinistischen Bewegung innerhalb des Weltkommunismus ließ die TeilnehmerInnen voller Selbstbewusstsein von ihren Schwächen, Defiziten, ja, sogar von ihrer Unfähigkeit reden, die Realitäten der „nachrevolutionären Gesellschaften“ zu durchdringen. Der Verlauf der Diskussion machte aber auch deutlich, wie hoch der Informationsbedarf über die Zustände in Osteuropa und wie weit entfernt man vom Projekt eines gemeinsamen politischen Kampfes war. In der Abschlusserklärung hieß es dann auch eher bescheiden: Die TeilnehmerInnen „sind der Ansicht, dass die europäische Linke bei der Analyse der verwirklichten Revolutionen und der realen strukturellen

J. Conzales, den Franzosen Louis Althusser, Charles Bettelheim, Robert Linhart und Daniel Singer, wurden besonders herzlich diejenigen aus dem Osten begrüßt. Aus Ungarn war Istvan Mészáros angereist, aus Polen Edmund Baluka, Vorsitzender des Streikkomitees auf der Warski-Werft 1971 in Stettin und Krzysztof Pomians. Die sowjetische Dissidenz vertraten Leonid Pljuschtsch und Boris Weil, die Tschechoslowakei war mit Jirí Pelikán und Ludvik Kavin von der Charta 77 vertreten. Franz Marek kam aus Österreich. Zugegen war Carlos Franqui, ein Anführer der kubanischen Revolution, der nach der positiven Stellungnahme von Castro zur Invasion des Warschauer Pakts 1968 nach Europa emigrierte. Aus der Bundesrepublik kamen Mitarbeiter des Sozialistischen Büros, von dem Ursula Schmiederer und Detlev Claussen gesprochen hatten. „Genossen aus der DDR“ waren „nicht zugegen.“ (Bettelheim u.a. 1979: 14)

und politischen Bedingungen in diesen Ländern einen Rückstand aufzuholen hat. Diesen Rückstand aufzuholen ist keine Aufgabe der Solidarität, sondern eine politische Aufgabe für alle, die im Westen kämpfen und sich eine sozialistische Transformation der Gesellschaft zum Ziel gesetzt haben.“ (Rossanda 1979a: 238)

Dennoch bleibt das historische Verdienst, nach den zerbrochenen Illusionen nicht resigniert, sondern sich mit der Situation in der Sowjetunion und den Ostblockstaaten auseinandergesetzt zu haben, um wieder eine antikapitalistische Zukunftsperspektive jenseits der stalinistischen Systeme entwickeln zu können. Wie notwendig dies war, erfuhren sie von zwei anwesenden GenossInnen von *Fiat Mirafiori*, die darüber berichteten, wie enttäuscht und orientierungslos zurzeit viele kommunistische ArbeiterInnen im Werk seien. Eine Verständigung darüber, welcher Natur die nachrevolutionären Gesellschaften sind, war für die TeilnehmerInnen der Konferenz also keine akademische Diskussion um Begriffe, sondern eine, mit der sie die Zukunft zurückfordern wollten. Einer Perspektiven Diskussion aber – dies hatte Rossana Rossanda in ihrem einführenden Vortrag deutlich gemacht – müsse eine Bestandsaufnahme vorausgehen, in der die Frage nach der Natur dieser Gesellschaften gestellt wird.

Die Frage nach der Natur der „nachrevolutionären Gesellschaften“

Es war das erste Mal, dass sich relevante Teile der europäischen Linken mit EmigrantInnen und Mitgliedern oppositioneller Gruppen aus dem Osten trafen, um sich auf europäischer Ebene über ihr Verhältnis zum „realen Sozialismus“ auseinanderzusetzen. Noch nie zuvor waren in solcher Dimension die Kämpfe der Dissidenz gegen die Ostblock-Regime dem Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung im Westen ebenbürtig gesetzt worden. Rudi Dutschke sah darin sogar die eigentliche historische Bedeutung des Kongresses. (Bettelheim u.a. 1979: 9) Nicht den kommunistischen oder sozialistischen Parteien der „realsozialistischen“ Länder gehöre die Solidarität, sondern denen, die gegen sie opponieren und aufseiten der ArbeiterInnen stehen. Eine solche Sicht auf die Opposition in den „realsozialistischen“ Ländern, das anzumerken, kann ich mir als ehemalige Oppositionelle nicht nehmen lassen, war nach 1989 in einem großen Teil der bundesdeutschen Linken immer noch nicht verbreitet. Betriebs- und Gewerkschaftslinken fanden beispielsweise den Versuch, in der DDR eine Basisgewerkschaft gegen die Staatsgewerkschaft FDGB zu initiieren, wenig unterstützenswert oder lehnten es noch Ende der 1990er Jahre als rechts ab, Kontakt zu kubanischen Oppositionellen aufzunehmen.

Eine solche Haltung zur Opposition, wie sie auf dem Kongress 1977 vertreten wurde, verband sich zwangsläufig mit der Einsicht, dass es sich bei der UdSSR

und den anderen „nachrevolutionären Gesellschaften“ um Ausbeutungsgesellschaften, um Herrschafts- und Klassengesellschaften, mithin nicht um sozialistische Gesellschaften handelte. Für die TeilnehmerInnen aus Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei, aus der Sowjetunion und für den kubanischen Redner war dies ohnehin gesetzt. Sie schilderten den GenossInnen aus dem Westen die Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter in ihren jeweiligen Ländern, deren völlige Rechtlosigkeit, namentlich die Unmöglichkeit, sich zu organisieren und die eigenen Interessen durchzusetzen. Für die anwesenden VertreterInnen der westeuropäischen kommunistischen und sozialistischen Bewegungen war es wiederum eine Frage der eigenen Glaubwürdigkeit, den Herrschafts- und Klassencharakter dieser Systeme scharf zu kritisieren, weil ihre Politik scheitern würde, wenn sie nicht deutlich machen könnten, dass „die Gesellschaft, die wir im Blick haben, anders sein wird.“ (Magri 1979: 183) Auf keinen Fall wollten sie sich mehr zu „Komplizen“ der Herrschenden in der Sowjetunion und von deren Verbrechen machen. (Bettelheim u.a. 1979: 221, 158, 162) In ihrem Einleitungsbeitrag erinnerte Rossana Rossanda an diesen schweren Weg der Erkenntnis.

Den TeilnehmerInnen stellte sich folgerichtig die Frage, um was für Gesellschaften es sich denn handeln würde, wenn man sie nicht sozialistisch nennen könne? (Claudin 1979: 223) Einige, so auch Adam Michnik, beschrieben sie als Gesellschaften, in denen „die Arbeiterklasse und die ganze Gesellschaft“ systematisch ihrer legitimen Rechte beraubt sind (Bettelheim 1979: 8), als Zustand der Unterdrückung (Bettelheim u.a. 1979: 9), als „Gesellschaften ohne Auswege“ (Singer 1979: 50), als keinen „klassischen“ Kapitalismus, sondern Staatskapitalismus (Pljuschtsch 1979: 62), als sowjetischen Imperialismus, der sich nur „in der Bezeichnung, in den Bedingungen und in den Methoden der Ausbeutung der Arbeitskraft“ von den kapitalistischen Gesellschaften unterscheiden würde. (Baluka 1979: 97) Von der UdSSR als „restaurativer Klassengesellschaft“ und „autoritärem Regierungssystem“ wurde gesprochen, die keine Transformation der kapitalistischen Produktionsweise zuwege gebracht habe (Magri 1979); von einer „Übergangsgesellschaft“, deren Modell die „große deutsche Fabrik“ sei. (Trentin 1979: 202) Und für den ehemaligen Mitsstreiter von Fidel Castro war klar: „Es gibt auf der Welt drei Formen des Kapitalismus: den Industriekapitalismus, den Kolonialkapitalismus [...] und den neuen Staatskapitalismus, bei dem die Produktionsmittel sich in den Händen einer bürokratischen Bourgeoisie befinden.“ (Franqui 1979: 214)

Dieses Bild von einer dem Kapitalismus vergleichbaren Herrschaft in den „nachrevolutionären Gesellschaften“ vertrat der größte Teil der TeilnehmerInnen. Das ist durchaus bemerkenswert, waren die linken Antworten auf die Frage nach dem Charakter dieser Gesellschaften doch damals genauso vielfältig wie heute. Eine Erklärung bietet die Auswahl der TeilnehmerInnen durch die Veranstalte-

rInnen, die sich dezidiert von VertreterInnen trotzkistischer, marxistisch-leninistischer, aber auch bestimmter eurokommunistischer, libertärer und sozialistischer Konzepte distanzieren. Von ihnen erwarte man nicht, dass sie einen produktiven Beitrag würden leisten können. „Entweder gleiten sie in alte Bahnen zurück oder sie bewegen sich nur zurückhaltend auf neuen, oder sie resignieren.“ (Rossanda 1979: 27) Beispielhaft wird auf italienische EurokommunistInnen verwiesen, die sich auf die Konzeption Trotskis beziehen würden, „dass in den Regimes des Ostens zwar die Produktionsverhältnisse sozialistisch seien, nicht aber der politische Überbau.“ (Claudin 1979: 223) In diese „alte“ Vorstellungswelt wolle man nicht mehr zurückfallen.

Die TeilnehmerInnen der Konferenz verstanden sich demgegenüber mehrheitlich als MarxistInnen und KritikerInnen des Eurokommunismus; viele von ihnen kamen aus der praktischen gewerkschaftlichen oder parteipolitischen oppositionellen Arbeit. Auf diesem Erfahrungshintergrund fußten ihre Beiträge über die Natur der „nachrevolutionären Gesellschaften“. Sie entwickelten ihre Begriffe zuvörderst also nicht im Rahmen eines theoretischen Konzeptes, sondern in Anschauung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von ArbeiterInnen in diesen Gesellschaften. Ihre praktischen Erfahrungen ließen einfach keinen anderen Schluss zu, als den, dass es sich um vergleichbare Gesellschaften handeln müsse. Wie sonst könne es zu dieser „Ähnlichkeit zwischen Togliattigrad und Fiat Mirafiori in Turin“ kommen? (Trentin 1979: 208)

Noch heute gibt es keine Begrifflichkeit, auf die sich die Linke einigen konnte. Gern werden diese Länder „sogenannte sozialistische“ oder „nominalsozialistische“ genannt, womit ihr Charakter jedoch nicht beschrieben ist. Die Situation ist unbefriedigend. Doch solange wir auf „Das Staatseigentum“ Band 1-3 warten, welches anders als zu Marxens Zeiten wohl eher Produkt einer kollektiven Arbeit sein wird, können historische Analysen zu den Herrschaftsbeziehungen, zu der Art und Weise wie Unterdrückung und Ausbeutung in der DDR und anderen osteuropäischen Ländern funktionierten, vorgenommen werden. Wir haben dank der Fülle heute vorliegender Daten und Dokumente aus den ehemaligen Ostblockländern die besten Voraussetzungen, tiefere Einblicke in die Herrschaftspraxis der „nachrevolutionären Gesellschaften“ zu bekommen, als es den TeilnehmerInnen 1977 in Venedig möglich war.

Die Frage nach der „inneren Logik“ einer sozialistischen Gesellschaft

Für unsere heutige Verständigung über den Charakter der Oktoberrevolution und die Natur der „realsozialistischen“ Länder sind vor allem jene RednerInnen interessant, die ihre Begrifflichkeit tatsächlich entwickelten. In der eben erwähnten

Debatte setzten sich namentlich Rossanda, Bettelheim, Claudin, Mészáros und Althusser auf unterschiedliche Weise mit der „neuen Logik“ einer sozialistischen Gesellschaft auseinander. In Anbetracht der russischen Revolution stellte Rossanda fest: „Eine ‘neue sozialistische Ordnung’ ist nicht die Summe der Selbstverwaltung aller vom Kapitalismus übernommenen Einzelteile; sie ist vielmehr deren Auflösung und Wiederausammensetzung nach einer anderen Logik; sie ist eine andere Produktion mit anderen gesellschaftlichen Subjekten.“ (Rossanda 1979: 30) Und nach welcher Logik funktionierten die nachrevolutionären Gesellschaften? Es seien Gesellschaften, in denen unter der formalen, juristischen Natur der neuen Macht sowohl die alten Konflikte zwischen LohnarbeiterInnen und BesitzerInnen der Produktionsmittel als auch neue Konflikte hervorgingen. Anders als Paul Sweezy u.a. wollte sie darin keine neue, „unentzifferbare“ Gesellschaft sehen, auch keine irgendwo zwischen Kapitalismus und Sozialismus angesiedelte, sondern eine weiterhin auf kapitalistischer Grundlage sich reproduzierende. Dies sei keine akademische Frage. Für den Klassenkampf mache es nämlich einen gewaltigen Unterschied: Handelt es sich nicht um Kapitalismus, dann gehe der Kampfvorrang um eine bessere Politik, um mehr Demokratie. Adressat sei in diesem Fall die Politik und nicht die Ökonomie. (Rossanda 1979: 34)

Damit hatte Rossanda Fragen aufgeworfen, um die bis heute keiner und keine herumkommen, wenn er oder sie sich mit dem Charakter der Oktoberrevolution und den Folgegesellschaften befassen. Hat sich mit dem staatlichen Eigentum und mit der absoluten Dominanz von Partei und Staat eine neue Logik gesellschaftlicher Reproduktion hergestellt, oder funktionieren die Gesetze kapitalistischer Wertproduktion weiterhin? Sind die ökonomischen Triebkräfte außer Kraft gesetzt, bestimmen ausschließlich politische Interessen das Geschehen, oder gelten mit der Konzentration des Eigentums in Staats- bzw. Parteihand nur andere, nichtkapitalistische ökonomische Bewegungsgesetze? Haben die Produktionsverhältnisse sozialistischen Charakter angenommen, der Überbau aber nicht? Und wie werden die „Führungsgruppen und sozialen Schichten“ definiert, die eine Macht besitzen, die „fast alle Merkmale des traditionellen Eigentumsrechts aufweist“? (Cavazzuti 1979: 140)

Die Diskussion auf der Tagung blieb bei einem *sowohl als auch* stecken. Obwohl in den Gesellschaften des Ostens Privateigentum aufgehoben sei und „die Produktionsmittel in den Händen des Staates versammelt sind, gibt es in der Tat Produktionsverhältnisse, die eine ähnliche Form wie die kapitalistischen haben.“ (Claudin 1979: 223) Allerdings sei die „politische Autorität“ des Staates so mächtig, dass es sich nicht um kapitalistische Verhältnisse handeln könne; um sozialistische oder in irgendeiner Weise fortschrittliche aber auch nicht. Laut István Mészáros existiere das Kapital in den nachrevolutionären Gesellschaften weiter, das allerdings seine Herrschaft in der Form des proletarischen Staates

anders als im klassischen Kapitalismus zu realisieren habe. (Mészáros 1979: 137/138) In seiner Argumentation steckt der Gedanke, dass der Kapitalismus eine Vielzahl von Entwicklungsstadien umschließt, darunter auch die der nachrevolutionären Gesellschaften. Charles Bettelheim wird diese Auffassung fünf Jahre später nachdrücklich vertreten.⁴ (Bettelheim 2016)

Auf der Tagung 1977 entwickelte Bettelheim zunächst seine Kritik an der allgemein angenommenen These, dass die juristische Abschaffung des Privateigentums in den „nachrevolutionären“ Gesellschaften auch Klassen und Ausbeutung beseitigt habe. Das sei falsch. Vielmehr müsse man mit Marx davon ausgehen, dass Staatseigentum kein vergesellschaftetes und damit auch kein sozialistisches Eigentum sei. (Bettelheim 1979) In späteren Arbeiten wird Bettelheim betonen, dass es sich bei der Verstaatlichung auch nicht um einen höheren Grad der Vergesellschaftung handele, mit dem der Weg zu einer sozialistischen Entwicklung frei wäre. Inzwischen hatte er als Berater in Kuba und Algerien die Erfahrung gemacht, dass sich mit seinem Konzept einer „Neuen Ökonomischen Politik“ keine sozialistische Wirtschaft und auch keine des „Übergangs“ aufbauen ließ. Die Praxis hatte ihn gelehrt, dass keine Partei ökonomische Strukturen kraft ihrer politischen Macht umwandeln könne. In seinen 1982 erschienenen Bänden 3 und 4 der „Klassenkämpfe in der UdSSR“, die 2016 erstmals ins Deutsche übersetzt wurden, schildert er ausführlich, wie sich in der Sowjetunion der 1930er Jahre mit Terror und Repression die Klassenbildung vollzog. Von einer „politischen Macht, die den Kampf für die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse“ aufgenommen hatte, ist bei ihm – wie es noch auf der Tagung 1977 der Fall war – nun keine Rede mehr. (Bettelheim 1979: 105)

Rossana Rossanda hatte in ihrem Eingangsbeitrag dazu aufgefordert, den Sozialismus als Gesellschaft mit eigener Logik aufzufassen und nicht darauf zu setzen, dass ein kapitalistisches oder nachrevolutionäres Herrschaftssystem mittels Demokratie und Freiheit zum Sozialismus mutieren würde. Diese Warnung richtete sie vor allem an einige VertreterInnen aus dem Osten und von eurokommunistischen Parteien, die ihren Kampf um demokratische Strukturen und bürgerliche Freiheiten nicht verwechseln dürften mit dem Kampf gegen die ökonomische „Logik der Systeme“. Rossandas Kritik an deren Auffassungen hätte allerdings 40 Jahre später in mancher Diskussion über „Wege zum Kommunismus“ immer noch ihren berechtigten Platz gehabt. Wie befremdlich ist es, wenn heute noch über gemachte Fehler beim Aufbau des Sozialismus, fehlende demokratische Strukturen in der Partei und in der Gesellschaft oder über unge-

4 Charles Bettelheim, *Die Klassenkämpfe in der UdSSR*, ist 1982 (Band 1) und 1983 (Band 2) auf Französisch erschienen. *Les luttes de classes en URSS. 3ème période: 1930–1941*, Éditions du Seuil.

nügend Mitsprache nachgedacht wird, so, als hätten solche „Korrekturen“ eine alternative Perspektive zu diesen Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnissen eröffnet. Nicht, dass mehr Demokratie und bürgerliche Freiheitsrechte – Rossanda hebt das ausdrücklich hervor – keine zentrale Bedeutung für Opposition und ArbeiterInnenwiderstand haben würden. Doch ließe sich der Charakter des Staatseigentums als Ausdruck eines Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisses durch mehr Demokratie nicht beseitigen.

Dass die von Rossanda u.a. infrage gestellte Auffassung heute noch bei vielen Linken ihre AnhängerInnen findet, hängt mit deren Verhältnis zum Staatseigentum zusammen. Es beruht auf der Annahme, verstaatlichtes Eigentum sei eine höhere Form der Vergesellschaftung, der nur noch demokratische Teilhabe hinzugefügt werden müsse. Folgerichtig erübrigt sich eine Antwort auf die Frage nach der „eigenen Logik“ einer sozialistischen Gesellschaft. Wer jedoch dem Vorschlag von Rossana Rossanda folgt, dem stellt sich die Aufgabe, welcher Art die Vergesellschaftungsprozesse sein müssten, die verhindern können, dass sich die „alte Scheiße“ (Marx) wieder herstellt.

Eine offene Frage: „Vergesellschaftung im Sozialismus“?

Interessanterweise haben weder Rossanda noch jene GenossInnen, die ihrer Aufforderung folgten und dem nichtsozialistischen Charakter des verstaatlichten Eigentums auf den Grund gehen wollten, beschreiben können, wie die staats-eigentümliche „Logik“ durchbrochen werden und wie eine sozialistische Vergesellschaftung aussehen könnte. Staatseigentum plus bürgerliche Freiheitsrechte und Demokratie – selbst wenn sie als „militante Demokratie“ verstanden wird – war von ihnen als sozialistische Perspektive abgelehnt worden. Was jedoch an die Stelle des „Staatseigentums“ treten müsse, wurde nicht erörtert. Auch Bettelheims Argument, dass Staatseigentum kein sozialistisches Eigentum sei, folgte keine positive Beschreibung eines alternativen Vergesellschaftungstyps.

Heute rückt die Frage nach einer Alternative zum Kapitalismus und zu den „nachrevolutionären Gesellschaften“ wieder stärker ins linke Bewusstsein. Wir haben inzwischen nicht nur das Ende des sowjetischen Machtblocks erlebt, können auf ein abgeschlossenes Kapitel Geschichte zurückblicken und haben einige Erfahrungen mit weiteren „sozialistischen Revolutionen“ gemacht. Unsere Lebens- und Arbeitswelt hat sich seit 1977 auch gewaltig gewandelt und damit unser Anspruch auf eine andere Art von Leben. Die Zusammensetzung der Klasse der LohnarbeiterInnen hat sich verändert, neue „Subjekte“ haben die Bühne betreten, die eine „bessere Welt“ für möglich halten und für sie auf die Straße gehen. Von „Selbstorganisation“ und „Selbstermächtigung“ ist die Rede, von einer anderen

Art zu produzieren, welche das kapitalistische Wert- und Profitgesetz außer Kraft setzen soll. Das jedoch sind alternative Vergesellschaftungsvorstellungen des 21. Jahrhunderts, die die VertreterInnen einer europäischen Linken vor 40 Jahren naturgemäß nicht entwickeln konnten. Abgesehen davon, dass dies wohl auch nicht die entscheidende Frage war, die die TeilnehmerInnen der Konferenz in Venedig umgetrieben hatte, sprachen und dachten alle in der einen oder anderen Weise im Kontext der ArbeiterInnenbewegung des 20. Jahrhunderts, deren Sozialismusvorstellungen sich mit Mitsprache an der Produktion, demokratischer Teilhabe an der Gesellschaft und einer Staatsform verband, die der Arbeiterklasse und „dem ganzen werktätigen Volk“ Demokratie und Freiheit garantieren würden. Und selbst, wer – wie Rossanda – aus diesem traditionellen Denkmuster der Arbeiterbewegung ausbrach, entwickelte kein wirklich alternatives Modell.

Die Frage nach dem Charakter der russischen Revolution ist die Frage nach dem Charakter des 20. Jahrhunderts

Die antistalinistische marxistische Linke in Europa war 1977 angetreten, die politische und ideologische Dominanz der KPdSU infrage zu stellen. Sie tat das, indem sie die Realität der nachrevolutionären Gesellschaften bloßstellte und den Mythos von einer sozialistisch verfassten Gesellschaft zerstörte. Welchen Charakter die russische Revolution hatte, stand nur am Rande der Tagung zur Diskussion. Einzig der linke sowjetische Dissident Leonid Pljuschtsch⁵ bezog sich dezidiert auf die Ereignisse 1917 in Russland und stellte einen Bezug zwischen dem Charakter der Oktoberrevolution und der aktuellen Situation in der Sowjetunion her. Er erklärte den TeilnehmerInnen, dass der Zustand der Opposition in seinem Land maßgeblich damit zusammenhänge, dass es keine ArbeiterInnenbewegung gebe. Die Ablösung der absoluten Entscheidungsgewalt des Zaren durch die Kommunistische Partei 1917 hätte – nach Pljuschtsch – zur Folge gehabt, dass die russische ArbeiterInnenklasse bis heute keine demokratische Phase des Kampfes erlebt hat und also auch keine entsprechende Tradition besitze. Der von den Bolschewiki errichtete „in den Dienst der Arbeiterklasse gestellte Kapitalismus“ hätte das verhindert. Die heutige Situation in der Sowjetunion sei paradox, schließt er seine Rede, „Was wir brauchen, ist eine bürgerliche politische Revolution, nachdem wir das Privateigentum abgeschafft haben.“ (Pljuschtsch 1979: 61)

5 Der Mathematiker Leonid Pljuschtsch war im Westen berühmt geworden, weil er als Dissident in die Psychiatrie gesperrt und mit Psychopharmaka gefoltert worden war. Durch die breite internationale Solidarität durften er und seine Familie später in den Westen ausreisen. Einsperren in die Psychiatrie war seit den 1960er Jahren in der Sowjetunion eine wichtige Methode, um sich der zunehmenden Zahl von DissidentInnen zu entledigen.

Pljuschtsch diskutiert auch die menschwistische Vorstellungen von der Entwicklung in Russland und kommt zu dem Schluss, dass Menschewiki wie Bolschewiki irrten, wenn sie meinten, ihre Vorschläge führten zum Sozialismus. Beide seien zwar Sozialisten und beide Parteien hätten um die Rückständigkeit Russlands gewusst. Doch die einen wollten fälschlicherweise die Rolle der Bourgeoisie erfüllen und setzten darauf, dass der Weg über den bürgerlichen Staat führe; die anderen auf Voluntarismus und Staatskapitalismus, mit dem sie meinten, die bürgerliche Entwicklung überspringen zu können. (Pljuschtsch 1979: 55/56)

In dieser kurzen Rede von Pljuschtsch sind Probleme angesprochen, die sich marxistischen Linken heute noch stellen. Hat sich eine proletarische Revolution ereignet, die mithilfe eines monopolistischen Parteistaates die Industrialisierung in einem Tempo vorantrieb, wie es keine bürgerlich-demokratische Regierung geschafft hätte? Wurde – wie Lenin vorschlug – ein Kapitalismus im Interesse der Arbeiterklasse errichtet? War es eine Modernisierungsdiktatur, die ihren „Zweck“ gar nicht anders als mit der Zerstörung einer autonomen ArbeiterInnenbewegung erreichen konnte? Und wäre tatsächlich eine quasi nachholende bürgerliche Revolution die notwendige Folge gewesen, um wieder den Anschluss an die Arbeiterbewegungen der westlichen Länder zu finden?

Solche Fragen zielen darauf ab, den historischen Stellenwert der russischen Revolution unabhängig davon zu begreifen, was ihre damaligen Akteure zu wollen und zu tun meinten.

Wenige Jahre nach der Konferenz in Venedig veröffentlichte Charles Bettelheim die schon erwähnte empirisch eindrucksvolle Arbeit über die „Klassenkämpfe in der UdSSR“. Darin schildert er die in den 1930er Jahren mit Gewalt, Repression und Terror errichtete Klassenherrschaft als eine sehr spezifische und bisher noch nicht dagewesene Form kapitalistischer Ausbeutung, bei der die herrschende Klasse ihre Kapitalfunktionen auf besondere Weise wahrnehmen würde. Abgesehen davon, dass auch bei Bettelheim vage bleibt, worin denn nun das Spezifische, die „innere Logik“, dieses kapitalistischen Eigentumsverhältnisses in der Sowjetunion besteht, bietet er eine historisch-analytische Erklärung für die gewaltsame Klassenkonstituierung in der Sowjetunion an. Der rationale „Sinn und Zweck“ von Gewalt und Repression erschließt sich den LeserInnen, und es drängt sich nach der Lektüre seiner Arbeit die Frage danach auf, ob eine Restauration überhaupt anders als mit „terreur“ abzuwenden gewesen wäre.

Bettelheim, Pljuschtsch und andere TeilnehmerInnen auf der Tagung 1977 diskutierten die russische Revolution nicht als Folge von Fehlern einzelner Persönlichkeiten, ebenso wenig als „Verrat“ Stalins oder Chruschchows an den sozialistischen Ideen. Damit unterscheiden sie sich so wohltuend von noch heute gängigen Erklärungsversuchen, nach denen die Bolschewiki an den schlechten Bedingungen für den Aufbau des Sozialismus gescheitert seien, an der ausblei-

benden Revolution im Westen oder eben an Stalins terroristischer Herrschaft. Im Hintergrund derartiger Einschätzungen steht die Annahme von der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ als Beginn eines möglichen, leider gescheiterten, Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Abgesehen davon, dass sich Geschichte nie aus den Fehlern und Irrtümern der handelnden Personen, auch nicht ihrer wichtigsten ProtagonistInnenen, begreifen lässt, folgen solche Erklärungen der bolschewistischen „Meistererzählung“, aber auch den zahlreichen „Gegenerzählungen“ ihrer KritikerInnen: Die russische Revolution wird auf ein einziges Ereignis reduziert und der „Rote Oktober“ zum „ewigen Datum der Weltgeschichte erhoben“⁶, an dem für die einen ihr historischer Siegeszug begann, während die anderen noch immer auf die uneingelösten Versprechungen warten.

Die linken Debatten im Jahr 2017 werden – so ist zu hoffen – ihren Blick auf die russische Revolution als Ganzer richten und die Ereignisse im Oktober 1917 oder in Kronstadt 1921 als Teil eines revolutionären Prozesses begreifen, der spätestens im Februar 1917 begann. Was war das für eine Revolution, die sich mit so vielen Hoffnungen auf eine ausbeutungsfreie Gesellschaft verband und die im Ergebnis auch wieder nur zu einer neuen ökonomischen und politischen Unterdrückung geführt hat? Oder war sie gar nicht „so neu“; lässt sich die russische Revolution vielmehr als „kapitalistische“ Revolution im 20. Jahrhundert beschreiben, wie Charles Bettelheim vorschlägt? Charakterisiert die kapitalistische Produktionsweise vielleicht eine „unerhörte“ – „von den Linken stets unterschätzt(e)“ – „Elastizität“⁷, die es erlaubte, die staatseigentümliche Variante dieser Gesellschaften in die Epoche eines globalen Kapitalismus einzufügen? Ist mit der Machteroberung der Bolschewiki die bürgerliche Revolution in eine neue, staatsdiktatorische, Phase übergegangen? War 1917 also lediglich der Beginn eines historischen „Umweges“, „der in Europa letzten Endes noch immer zum Kapitalismus führte“? (Bock 2016: 285) Nach dieser Lesart würden die demokratischen Volkserhebungen 1989/90 ihre historischen Erklärungshintergründe als quasi nachholende oder weiterführende bürgerliche Revolutionen bekommen. Oder aber hat die russische Revolution Elemente freigesetzt und Strukturen entwickelt, die über eine kapitalistische Reproduktion hinausführten? Haben die „nachrevolutionären Gesellschaften“ gar keinen „Umweg“ eingeschlagen, sondern sind als durchaus eigenständige industrielle Modernisierungspfade neben dem Kapitalismus zu verstehen? Und über allem steht die Frage danach,

6 Vgl. Bock, Helmut (2016): 202. Helmut Bock schildert die Ereignisse aus der Sicht des Historikers, der die ganze Epoche im Blick hat und der die Geschichte der russischen Revolution mit den „klassischen“ bürgerlichen Revolutionen vergleicht.

7 „In gewissem Sinne ist Marx unerschöpflich“, Interview mit Thomas Kuczynski, in: Berliner Zeitung, Nr. 18, 21./22. Januar 2017, S. 6.

ob diese „nachrevolutionären“ Gesellschaften günstige oder eher ungünstige Voraussetzungen für die Überwindung des Kapitalismus boten. Entwickelten sie emanzipatorische Momente und wenn ja, welche waren das?

Unser Interesse am Charakter der russischen Revolution ist genauso wenig akademisch wie das der europäischen Linken 1977 an der Natur der „nachrevolutionären Gesellschaften“. Wir haben in den letzten 40 Jahren weltweit einige Revolutionen und Bewegungen im Namen des Sozialismus und im erklärten Interesse der lohnarbeitenden Klasse erlebt, deren weitere Entwicklungen sich ganz ähnlich der „nachrevolutionären Gesellschaften“ als nicht sozialistische entpuppten. Was sind das für Bewegungen, wie ordnen wir sie ein? Ein historisch-kritischer Rückblick auf den „Roten Oktober“ kann uns dabei helfen.

Literatur

- Althusser, Louis (1979): Endlich geht aus der Krise des Marxismus etwas Neues hervor, in: Bettelheim u.a. (1979): 225-233.
- Baluka, Edmund (1979): So haben wir 1971 in Stettin gestreikt, in: Bettelheim u.a. (1979): 94-98.
- Bettelheim, Charles (1979): Über die Natur der sowjetischen Gesellschaft, in: Bettelheim u.a. (1979): 101-105.
- (2016): Die Klassenkämpfe in der UdSSR. Dritter und vierter Band, deutsche Erstausgabe, Die Buchmacherei.
- Bettelheim, Charles/Mészáros, Istvan/Rossanda, Rossana u.a. (Hg.) (1979): Zurückforderung der Zukunft. Macht und Opposition in den nachrevolutionären Gesellschaften, edition suhrkamp.
- Bock, Helmut (2016): Die „große Sozialistische Oktoberrevolution“: Pyrrhussieg der Bolschewiki, in: Freiheit – ohne Gleichheit? Soziale Revolutionen 1789 bis 1989. Tragödien und Legenden, Karl Dietz Verlag Berlin GmbH, 201-286.
- Claudin, Fernando (1979): Eurokommunismus und „antagonistische Gesellschaften eines neuen Typs“, in: Bettelheim u.a. (1979): 219-224.
- Franqui, Carlos (1979): Sowjetisches Modell und „Caudillismus“ auf Kuba, in: Bettelheim u.a. (1979): 219-224.
- Magri, Lucio (1979): Realer und möglicher Sozialismus. Das Problem der Gesellschaften des Ostens in der Sicht der europäischen Linken, in: Bettelheim u.a. (1979): 181-196.
- Mészáros, Istvan (1979): Klasse und gesellschaftliche Individuen. Die Frage der politischen Gewalt, in: Bettelheim u.a. (1979): 119-139.
- Pljuschtsch, Leonid (1979): Wir werden entweder gemeinsam vorankommen oder gemeinsam untergehen, in: Bettelheim u.a. (1979): 54-61.
- Rossanda, Rossana (1979): Macht und Opposition in den nachrevolutionären Ländern, in: Bettelheim u.a. (1979): 19-36.
- (1979a): Zum Abschluss und zur Fortsetzung, in: Bettelheim u.a. (1979): 236-240.
- Singer, Daniel (1979): Schwächen und Chancen der Dissidenz in der UdSSR, in: Bettelheim u.a. (1979): 39-53.
- Trentin, Bruno (1979): Nur die militante Demokratie der Produzenten kann im Osten und im Westen die Freiheit garantieren, in: Bettelheim u.a. (1979): 197-207.
- van der Linden, Marcel (2009): Der Sozialismus, der keiner war: marxistische Kritiken der Sowjetgesellschaften. In: *PROKLA* 39(2): 307-323.